

Sozialreport 50+ 2009 der Volkssolidarität (Exzerpt)

Rededispotion für die Sitzung des Seniorenbeirats Neubrandenburg

Exzerpt erarbeitet: Wolfgang Richter
Neubrandenburg, Januar 2010

- Über 20 Jahre anhaltende Abwanderung aus den neuen Bundesländern führt zu Problemen bei der Sicherung von Lebensqualität – sowohl der älteren Bürger (Wer pflegt sie?) als auch der Jüngeren (Weitere Wege zur Arbeit, zu Veranstaltungen)
 - Die Arbeitsmarktsituation in den neuen Bundesländern ist nicht ausreichend, um junge Menschen dort halten zu können.
 - Die Geburtensituation im Osten war so, dass im Normalfall das erste Kind mit 20 – 23 Jahren geboren wurde – mit der Folge, dass viele Großeltern auch Urgroßeltern wurden. Heutige Großeltern haben kaum noch eine Chance Urgroßeltern zu werden, weil die Erstgeburten in einem wesentlich höheren Alter erfolgen
 - Das hohe berufliche Ausbildungsniveau in den neuen Bundesländern wurde einerseits nach 1990 entwertet - war aber andererseits auch Basis für Flexibilität und Fähigkeit zur Anpassung
 - Die tatsächliche Situation der Arbeitslosigkeit wird kaschiert durch
 - Ausgliederung von Arbeitssuchenden in verschiedenste Maßnahmen, z.B. Umschulungen (Sie sind aber nicht auf dem 1. Arbeitsmarkt)
 - Ausgliederung von Arbeitssuchenden an private Vermittler, unabhängig ob sie dort Arbeit finden oder nicht
 - Frührentner, die Abschläge bis zu 18% in Kauf nehmen
- Die Volkssolidarität hat sich gemeinsam mit anderen Verbänden, z.B. auch ISOR, und Gewerkschaften ausdrücklich gegen die Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 Jahre gewandt.***
- Der „reine“ Vergleich der staatlichen Renten führt zur Einseitigkeit und Irreführung. Um die reale Lage der Rentner zu vergleichen, müssen auch Pensionen, Betriebsrenten und staatlich gefördertes Wohneigentum in die Vergleiche einbezogen werden.
Vergleichbare Tätigkeiten, die im Westen zu Pensionsansprüchen führen, wurden im Osten in die staatliche Rente eingegliedert. Das sind im Normalfall hohe Einkommen, die zur „Aufblähung“ der Rentenzahlungen im Osten führen. Das vermittelt den Eindruck: Im Osten sind die Rentenzahlungen höher – zusätzlich verstärkt durch die unterschiedlichen Erwerbsbiographien. Nebeneffekt: Die Rentenkassen werden in höherem Maße belastet.
 - Das Sach- und Geldvermögen der Rentner in den alten Bundesländern übersteigt das in den neuen Bundesländern deutlich. Ebenso übersteigen die aktuellen Einkünfte der Rentner in den alten Bundesländern in ihrer Gesamtheit (also nicht nur die Renten, sondern auch Mieten, Pachten, Zinsen, Dividenden u.a. Gewinne) die Einkünfte in den neuen Bundesländern um rd. ein Drittel. Deshalb die Forderung
Angleichung der Rentenwerte Ost an West! Das ist wichtig, weil sonst der Glaube an eine Angleichung der Lebensverhältnisse völlig verloren geht.
 - Viele Bürger in den neuen Bundesländern sehen in den unterschiedlichen Rentenwerten eine Herabwürdigung ihrer Lebensleistung. Zitat:

„Die Anerkennung des Lebens in der DDR, als selbstbewusstes Leben, das keineswegs pauschal zu verurteilendes unrechtes Leben in einem „Unrechtsstaat“ war, steht bei großen Teilen der Politik und der ihre Auffassungen reflektierenden Medien noch aus.“

- Unzufriedenheit resultiert zuerst aus den fehlenden Möglichkeiten aus eigener Kraft, durch eigenes Handeln eine Angleichung der Lebensverhältnisse zu erreichen.

(Befragt wurden Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer, die das fünfzigste Lebensjahr überschritten hatten.)

Statistische Angaben, aus denen die Aussagen resultieren

Zufriedenheit:

Mit ihrem Leben allgemein zufrieden	sind knapp	50%
größte Zufriedenheit:	Das Wohnen	71%
geringste Zufriedenheit:	soziale Gerechtigkeit	05%

Armut:

Die Befragten begrenzen den Begriff Armut nicht auf das „fehlende Einkommen“.

Sie beziehen ein:	- Verzicht auf Gesundheitsleistungen
	- begrenzte Teilnahme am kulturellen Leben
	- Ausschluss von gesellschaftlicher Mitwirkung

Allgemein werden Sparpotentiale gesehen auf den Gebieten

Theaterbesuche	46%
Bekleidung	27%
Medikamente	17%
Arztbesuche	12%

Wäre man tatsächlich gezwungen zu sparen

Theaterbesuche	77%
Bekleidung	51%
Kuren	48%
Medikamente	35%
Arztbesuche	28%

Soziale Entwicklung:

Befragte sehen ihre persönliche Entwicklung	
als Aufstieg	08%
als Abstieg	29%

Deutsche Einheit:

Die Frage „Ich möchte weder die DDR wiederhaben, noch fühle ich mich als Bundesbürger“	beantworten mit ja	68%
Noch große Unterschiede zwischen Ost und West sehen		52%
Die Unterschiede in fünfzig Jahren noch sehen		17%

Verbundenheit:

Mit Ostdeutschland identifizieren sich	77%
Mit ihrer Gemeinde	65% !!
Deutlich geringer und in der Reihenfolge abfallend folgen	
Bundesland - Bundesrepublik Deutschland - Europa	

Vertrauen:

(mit höherem Alter zunehmend) In die Polizei !!	37%
In die Stadt, Gemeinde	30%

Demokratie:

Für wichtig halten die Demokratie	71%
Aber zufrieden mit der erlebten Demokratie sind nur	10%
Die Zahl derer, die meinen es wird noch schlechter, übersteigt die Zahl derer, die meinen, es wird besser.	

Bürgerschaftliches Engagement:

Mitgliedschaft in	Sozial- und Wohlfahrtsverbänden	26%
	Sportvereinen	23%
	Kleingartenvereinen	21%
	Politische Parteien	05%
Großes Interesse an Politik haben		41%

Bereitschaft sich zu engagieren bei den noch nicht organisierten zeigen		
	für soziale Dienste	33%
	für politische Interessenvertretung	07%